

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

544/J

A n f r a g e

der Abg. C z e r n e t z, S t r a s s e r, D r a x l e r, P r e u s s l e r,
T r u p p e und Genossen
an die Bundesminister für Inneres und für Justiz,
betreffend die Anwerbung österreichischer Staatsangehöriger für fremde
Militärdienste.

-.-.-.-

Die Besatzungsmächte in Österreich halten es für notwendig, österreichische Staatsangehörige für ihre Spionagedienste und Militärabteilungen auf dem Gebiete der österreichischen Republik anzuwerben. Insbesondere die französische Besatzungsmacht unterhält in einer Reihe österreichischer Städte Werbebüros für ihre Fremdenlegion. Ihre Agenten scheuen nicht davor zurück, Minderjährige für den Kolonialdienst in der Fremdenlegion anzuwerben. Diese Umtriebe der fremden Agenten und ihrer österreichischen Helfershelfer führen zu einer dauernden schweren Beunruhigung der österreichischen Bevölkerung.

Die Anwerbung von österreichischen Staatsangehörigen für fremde Militärabteilungen und Spionagedienste, noch dazu auf österreichischem Boden, stellt ausserdem eine schwere Missachtung der österreichischen Souveränität dar. Österreichische

Die friedliebende/Bevölkerung will wissen, welches Ausmass diese Umtriebe der Agenten der Besatzungsmächte in Österreich haben. Sie verlangt energische Massnahmen gegen die verbrecherische Teilnahme österreichischer Staatsbürger an den militärischen Werbungen fremder Mächte auf österreichischem Boden.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres und den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehenden

A n f r a g e n:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, dem Nationalrat mitzuteilen, welches Ausmass die Werbungen der Besatzungsmächte für ihre Spionagedienste und Fremdenlegion^{en} auf dem Gebiete Österreichs haben?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, dem Nationalrat den Entwurf für ein Bundesgesetz vorzulegen, das die Anwerbung österreichischer Staatsbürger für fremde Militärdienste verbietet und unter schwere Strafe stellt?

-.-.-.-